Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.
Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 190. Abendblatt. Donnerstag, den 23. April 1868.

Deutschland.

□ **Berlin,** 22. April. Das „Bulletin international" enthält eine Korrespondenz aus Wien,, in der zunächst behauptet wird, es habe sich in Deutschland eine mächtige antipreußische Partei gebildet, die aus Legitimisten, Ultramontanen und Demokraten bestehe. Daß diese unnatürliche Verbindung besteht, ist auch uns nicht unbekannt, dagegen erscheint es uns sehr zweifelhaft, daß sie mächtig ist. Weiter wird in dieser Korrespondenz behauptet, daß Frankreich dasselbe Interesse wie die Fusion dieser Parteien habe, daß die Sache Beider dieselbe sei, ein Föderativsystem nämlich in Deutschland herzustellen, das nicht unter der Führung Preußens stände. Es wird somit Frankreich aufgefordert, sich in den deutschen Angelegenheiten zu Gunsten der Interessen dieser Feinde Preußen einzumischen und die Gegner Preußens angegangen, sich gegen Preußen zu empören. Es ist dies ein verrätherisches Treiben, dem das Blatt Raum giebt und zu dessen Förderung es vorzugsweise gegründet zu sein scheint. Was würde Frankreich dazu sagen, wenn in diesem Lande ein in deutscher Sprache geschriebenes Blatt zur Empörung gegen den Kaiser und zur Verbindung mit dem Auslande aufforderte. Allerdings bezweifelt das Blatt selbst, daß die Einmischung Frankreichs in Deutschland Anklang finden werde, und nimmt dabei auf den Grafen Borries Bezug, dem Hochverrath vorgeworfen worden sei, als er für gewisse Eventualitäten die Hülfe Frankreichs in Anspruch genommen habe. Dem Grafen Borries wird also diese Anrufung Frankreichs zum Ruhme nachgesagt und bedauert, daß seine Ansichten nicht allgemeinen Anklang gefunden haben. Außer bei einigen Süddeutschen, der wie jener süddeutscher Demokrat lieber französisch als preußisch werden und den Verlust des Rheins als die Absorption Deutschlands durch Preußen wollen, werden dergleichen hochverrätherische Ideen auch in Zukunft im Ganzen doch sehr geringen Beifall in Deutschland finden. — Die „Sächsische Ztg." läßt sich aus Berlin schreiben, daß man hier der Ankunft der süddeutschen Abgeordneten mit Besorgniß entgehen sehe, da man niwt wisse, wie man sie behandeln solle. Andererseits will das Blatt wissen, daß ein stilles Uebereinkommen unter den preußischen Abgeordneten getroffen worden sei, die Süddeutschen auszulachen. Die Süddeutschen werden hoffentlich diesen Verleumdungen keinen Glauben schenken. Sie können versichert sein, daß ihre Abgeordneten, wie auch neuerdings wieder die mit den Stimmungen in Regierungs- und Abgeordnetenkreisen vertraute „Provinzial-Korrespondenz" bemerkt, hier mit der größten Freundlichkeit und Herzlichkeit werden aufgenommen werden. — Die „Frankf. Ztg." fragt, was Frankfurt denn Feindseliges im Jahre 1866 gegen Preußen unternommen habe. Für einen mit den Verhältnissen Vertrauten erscheint diese Frage ziemlich einfältig. Frankfurt ist jahrelang der Heerd aller preußischen Agitationen gewesen, es hat sich an dem Bundestagsbeschluß vom 14. Juni auf Mobilmachung des Bundesheeres gegen Preußen betheiligt und die Feinde Preußens so lange in seinen Mauern liebevoll aufgenommen, bis die Preußen sie daraus vertrieben haben. — Durch das Gesetz über das Postwesen des norddeutschen Bundes vom 2. November 1867 sind bekanntlich die Beschränkungen des Privat-Fuhrwerks zum größten Theile aufgehoben und nur die Beförderung des Personenverkehrs der Post vorbehalten für alle Linien, wo täglich wenigstens eine einmalige Personenbeförderung durch die Post stattfindet. Durch eine jüngst erlassene Verfügung des General-Post-Direktors sind die General-Post-Direktionen angewiesen worden, der Entwicklung des Privat-Transportwesens in Bezug auf die Personenbeförderung nicht hindernd entgegenzutreten, da in Aussicht genommen ist, falls das Privatfuhrwerk Aufschwung nehmen und die Postbeförderung einen Vorsprung abgewinnen sollte, nicht bloß die Personen-Posten ganz eingehen zu lassen, sondern auch die Beförderung der Postsendungen durch Privatunternehmer bewirken zu lassen. — Der Geh. Regierungsrath Dr. Stüve im Kultus-Ministerium hat eine mehrwöchentliche Dienstreise nach dem Westen angetreten. — In den demokratischen Blättern wird viel Lärm über die Ausweisung des Schriftstellers Kilian aus München gemacht. Selbst die „Volkszeitung" wundert sich darüber und bemerkt: „als derselbe Kilian, der in Frankfurt an der Oder geboren ist, zweimal aus Berlin ausgewiesen wurde, haben die nämlichen Blätter nicht mit einer Silbe davon Notiz genommen!" Nach dieser Bemerkung scheint der Münchener und Berliner Kilian eine und dieselbe Person zu sein. Wenn das der Fall ist, so wird die Mittheilung von Interesse sein, die zur Zeit seiner Ausweisung aus Berlin das damalige amtliche Polizeiblatt brachte, daß der Schriftsteller Herr Kilian ein früherer Postbeamter ist, der wegen Unterschlagung zur Strafe gezogen und seines Dienstes entlassen ist. Es ist in der That interessant, welche Schützlinge die demokratische Partei aufzuweisen hat. Außer den den Depossedirten dienenden Herren Freese und Trabert erfreuen sich also auch noch der nach der „Kreuzzeitung" dreizehn Mal wegen Diebstahls bestrafte Cigarrenarbeiter Hörig und der „Schriftsteller" Herr Kilian der Protektion der demokratischen Presse und müssen ihr Material zu den Angriffen gegen die Regierung gewähren.

Berlin, 23. April. Se. Majestät der König hatte gestern Morgens eine Unterredung mit dem Prinz-Admiral Adalbert, welcher sich darauf verabschiedete und Abends nach England abreiste. Demnächst empfing der König den Chef des Generalstabes des 8. Armeekorps General v. Schlotheim und andere Militärs, sowie den Polizei-Präsidenten von Wurmb, nahm sodann die Vorträge des Geheimen Hofrathes Borck entgegen und hatte hierauf eine längere Konferenz mit der Schloßbau-Kommission, deren Mitglieder sind der Hausminister v. Schleinitz, der Ministerial-Direktor v. Obstfelder, der Ober-Hof- und Hausmarschall Graf Pückler, der Hofmarschall Graf Perponcher, der Geh. Ober-Hofbaurath Hesse, der Ober-Hofbaurath Professor Strack 2c. Nachmittags fuhren der König und die Königin nach Charlottenburg, speisten dort mit der Königin Wittwe und wohnten Abends der Vorstellung im Opernhause bei. Heute Vormittags 10 Uhr besichtigt der König auf dem Exerzierplatze bei Moabit die ersten Bataillone des 2. Garde-Regiments und des Garde-Füsilier-Regiments.

— Die Königin reist am 3. Mai von hier nach Koblenz ab, wird dort etwa einen Tag verweilen und sich dann zum Besuch an den Großherzoglichen Hof nach Karlsruhe begeben. Am 6. Mai wird die hohe Frau zur Kur in Baden-Baden erwartet.

Berlin, 22. April. Der würtembergische Gesandte hatte gestern Nachmittag eine Unterredung mit dem Herrn Minister-Präsidenten.

— Gestern hielt der Bundesrath des Zollvereins von 1 bis 3 Uhr Nachmittags eine Sitzung, in welcher der Herr Minister-Präsident den Vorsitz führte.

— Auch nach den der „Z. C." zugehenden Nachrichten darf der Rücktritt des Baron Budberg von dem Botschafterposten in Paris als eine vollendete Thatsache bezeichnet werden. Ueber den Nachfolger des Herrn v. Budberg ist noch nicht entschieden, obschon allerdings die größte Wahrscheinlichkeit für den russischen Gesandten in Wien, Grafen Stakelberg, zu sprechen scheint.

— Das Zollparlament wird am Montag, den 27., vermuthlich um 1 Uhr im Weißen Saale des Königlichen Schlosses von Sr. Majestät dem Könige in derselben Weise, wie der jetzige Reichstag, eröffnet werden. Der Eröffnung wird ein Festgottesdienst in der Schloßkapelle für den Königlichen Hof und für die evangelischen Parlamentsmitglieder, und in der St. Hedwigskirche für die katholischen Mitglieder vorhergehen. Das Zollparlament wird rascher als andere neu gewählte Versammlungen sich den eigentlichen Arbeiten selbst zuwenden können. Während sonst die geschäftliche Konstituirung erst erfolgen kann, sobald eine genügende Anzahl von Wahlen geprüft und als gültig anerkannt ist, bringt dem Zollparlament der norddeutsche Reichstag alsbald 296 Mitglieder zu, deren Wahlen einer Prüfung nicht mehr bedürfen. Die Wahlprüfung wird sich nur auf die 86 süddeutschen Wahlen erstrecken und kann die Konstituirung des Hauses nicht aufhalten; vielmehr wird die Wahl der Präsidenten und Schriftführer und demnächst die Einbringung der Vorlagen seitens der Regierung gleich in den ersten Tagen stattfinden können. Es ist anzunehmen, daß zum ersten Präsidenten des Zollparlaments der Präsident des Reichstags, Simson, gewählt werde, welcher als vormaliger Präsident der Frankfurter National-Versammlung auch in Süddeutschland weithin gekannt und geachtet ist. Die zweite Präsidentenstelle dürfte einem hervorragenden Vertreter aus Süddeutschland, die dritte wieder einem Norddeutschen zufallen. Die Berathungen des Zollparlaments werden, da das Herrenhaus, in welchem der Reichstag seine Sitzungen hält, für die Abgeordneten aus ganz Deutschland (382) nicht Raum genug gewährt, in den Räumen des Abgeordnetenhauses stattfinden.

— Die Verhandlungen, betreffend den Abschluß eines Handels-Vertrages zwischen dem norddeutschen Bunde und der Schweiz, erreichen heute ihr Ende.

— Durch Verfügung des Finanzministers ist jetzt statt der bisherigen provisorischen Verwaltungs-Kommission definitiv eine Behörde zur Verwaltung des nach der Königlichen Verordnung vom 2. März d. J. innerhalb der Provinz Hannover mit Beschlag belegten Vermögens des Königs Georg eingesetzt, die unter der unmittelbaren Leitung des Ober-Präsidenten aus dem General-Major z. D. v. Kotze und dem Regierungsrathe Sauerhering bestehen und unter der amtlichen Bezeichnung „Königliche Verwaltungs-Kommission" die Administration mit allen der verwaltenden Behörde durch jene Königliche Verordnung beibelegten Befugnissen führen wird.

— Die Befestigungsarbeiten an der Nordseeküste sollen im Verlauf dieses Jahres so weit als irgend möglich gefördert werden und um die Mittel dazu flüssig zu machen, werden die für dieses Jahr in Stettin, Coblenz und an noch mehreren anderen festen Plätzen projektirten größeren Fortifikationsarbeiten entweder vorläufig ganz abgesetzt, oder doch auf das unbedingt Nothwendige beschränkt werden. Den Jahde-Kriegshafen hofft man bekanntlich in diesem Jahre ebenfalls seiner Vollendung soweit entgegenzuführen, um ihn mit dem Herbst bereits in unmittelbare Benutzung nehmen zu können. Außerdem wird, wie wie schon erwähnt, als Ersatz für Luxemburg die Anlage eines großen verschanzten Lagers bei Trier und Conz jetzt als eine fest beschlossene Sache bezeichnet. In Verbindung mit der Küstenbefestigung stehen noch umfassende Versuche mit Torpedo's, welche unterseeischen Sprengminen bekanntlich gegenwärtig ein Haupthülfsmittel für den Schutz der Haseneingänge und Flußmündungen bilden. Die Vertheidigung der deutschen Nordseeküste erleichtert sich übrigens dadurch ganz ungemein, daß die vorliegenden Inseln, Watten und Sandbänke den Zutritt zu derselben auf einige wenige Wasserstraßen beschränken.

— Wie die Postbeamten haben jetzt auch die Telegraphen-Beamten sich zu einer Agitation für Erhöhung ihrer Gehälter geeinigt.

— Durch Verfügung des Handelsministers ist den Schulmännern, welche der allgemeinen deutschen Lehrer-Versammlung in Kassel in der diesjährigen Pfingstwoche beiwohnen wollen, gegen Vorzeigung ihrer Legitimations-Karte eine Ermäßigung der Fahrpreise bewilligt, so daß sie nur auf der Hinfahrt den tarifmäßigen Satz zu bezahlen haben, zurück aber frei befördert werden.

— In Rom ist es sehr übel aufgenommen worden, daß der Kronprinz der Hochzeit des Prinzen Humbert beiwohnt. Man sieht die Reise im Vatikan als eine Demonstration des preußischen Kabinets gegen die von Römischer Seite mit vielem Eifer betriebene Agitation an, in Berlin die Errichtung einer Nuntiatur zu erlangen.

Berlin, 22. April. (Norddeutscher Reichstag.) 10. Sitzung. (Schluß.) Wir theilen zunächst die heute Morgen kurz erwähnte Rede des Grafen Bismarck mit. Bundeskanzler Graf Bismarck: Der Herr Abg. Miquel hat uns daran erinnert, daß er und seine politischen Freunde in streitigen Fällen wohl nachzugeben wüßten. Ich glaube, m. H., wir, nicht blos meine politischen Freunde und ich, sondern auch die vereinigten Regierungen haben reichlich den Beweis geliefert, daß sie das auch verstehen: nachzugeben zu rechter Zeit, ohne daran die Furcht zu knüpfen, der Charakterschwäche geziehen zu werden, eine Furcht die ich für eine Nationalschwäche deutscher Politiker halte, die oft die Verbesserung unserer nationalen Zustände gehemmt hat. Derselbe Redner hat sich aber vorbehalten, da, wo es sich um den Ausbau der Verfassung handle, ohne Rücksicht auf die Entwürfe der Regierungen, die Anträge zu stellen und anzunehmen, die ihm politisch nützlich erscheinen. Ich muß dies Recht entschieden bestreiten, sobald es so geübt werden soll, daß andere nothwendige Maßregeln für den Ausbau der Verfassung, daß — ich kann wohl sagen — Lebens-Bedingungen des norddeutschen Bundes dadurch in Frage gestellt werden. Die Bundes-Verfassung giebt dem Bunde das Recht, Anleihen zu machen; eine solche Anleihe zur weiteren Ausbildung der Marine wird im vorigen Jahre votirt; es wird im Schlußpassus dieses Gesetzes der Bundeskanzler beauftragt, das Gesetz auszuführen. Mit dieser Ausführung befindet er sich noch in mora, er ist dem Allerhöchsten Befehl zur Aufnahme der Anleihe bisher noch nicht nachgekommen. Nun stellen Sie einen Antrag, der praktisch die Folge hat, sowohl den Verfassungsparagraphen wegen der Anleihe als auch das Marinegesetz illusorisch zu machen, falls Ihnen die Regierung nicht eine Konzession macht, falls Sie Ihrem Streben nach Machterweiterung nicht weicht und nicht Rechnung trägt. Es ist die verfassungsmäßige Rechts- und Machtsphäre, gegen die Sie kämpfen, und Sie wollen Ihre Absichten durchsetzen, indem Sie — nach Ihrer Auffassung — auf das Ausland und seine Macht, auf mögliche Verwickelungen das Ausland und seine Macht, auf mögliche Verwickelungen hinweisen und implicite drohen, das Land wehrlos zu machen (Murren, Widerspruch), relativ wehrlos, der Wehrkraft des Landes nicht diejenige Entwickelung zu geben, welche als berechtigt und angemessen vorausgesehen war, wenn die Regierungen Ihnen nicht eine Konzession auf dem Gebiete der gegenseitigen Machtsphären machen. Wir sollen von Ihnen durch eine Konzession das Recht zur Landesvertheidigung erkaufen (Heftiger Widerspruch), so steht die Frage einfach gestellt, und einer solchen Zumuthung sich im Prinzipe zu widersetzen, halte ich für die erste Pflicht einer jeden Regierung, die auf die Dauer der Zustände rechnen will, die hier geschaffen sind. Die Frage ist auch auf das Gebiet der meines Erachtens ganz heterogenen Verantwortlichkeit im Allgemeinen gespielt worden. Ich will dabei im Vorbeigehen bemerken, ich könnte mich eher mit dem Prinzip der Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers vor Gericht vertraut machen, als mit demjenigen, daß die Disziplin der Beamten dadurch gelockert wird, daß denselben eine derartige Verantwortlichkeit vor Gericht aufgelegt wird. Damit kann eine geordnete Verwaltung natürlich nicht bestehen. Ich würde es eher acceptiren, daß der Bundeskanzler unter den Kreisrichter respektive den Stadtrichter gestellt wird, aber ich würde es dann doch für am besten halten, den Richter lieber gleich zum Minister zu machen, zu meinem konstitutionellen Hausarzt. (Heiterkeit. Abg. Löwe: Das ist aber doch wirklich stark!) Die Nothwendigkeit dieser Verantwortlichkeit hat der Vorredner aus zwei Fällen der preußischen Finanzgeschichte nachzuweisen versucht. Ich enthalte mich, auf den ersten einzugehen, da Preußen zu jener Zeit noch nicht zu der Reihe der konstitutionellen gehörte. Der zweite betrifft die Ausgabe von Darlehnsscheinen im Juni 1866. Das preußische Ministerium hat, nachdem ihm von der Landesvertretung erklärt war: diesem Ministerium keinen Groschen, auch wenn der Feind vor den Thoren steht (heftiger Widerspruch!) im Interesse der Landesvertretung Geld sich verschafft und auf einem vollkommen konstitutionellen Wege. Was geschah, wenn damals der Stadtrichter hinter uns saß und wir aus Furcht vor ihm kein Geld geschafft hätten? Was geschah, wenn wir es darauf ankommen ließen, daß, wie aus dem Finanzministerium damals erklärt wurde, in 8 oder 14 Tagen das Geld nicht mehr vorhanden sein würde, um die Bataillone auszuzahlen? Wir hätten unsere Hände in Unschuld gewaschen, auf den Stadtrichter gewiesen und unsere Gegner so lange rüsten lassen, bis es für uns zu spät war, und wir ständen heute unter den Ordonnanzen des Bundestages mit einem beträchtlich verminderten Staatsgebiet. Die Regierung hat aber den Muth gehabt, das Geld zu schaffen und man würde besser thun, diesen Muth anzuerkennen, anstatt das als eine der Anklage würdige Handlung uns hier vorzuhalten. Wir haben dem Kreisrichter gegenüber den Staat gerettet. Aber wir haben später für diese Geldausgabe Indemnität verlangt und erhalten, das kann in jedem Staate vorkommen und ist auch jetzt nicht ausgeschlossen. Wenn man aber für jede Handlung der europäischen Politik riskiren muß, mit seiner Person und seinem Vermögen vor einem — politisch wenigstens — nicht durchgebildeten Richter sich rechtfertigen zu müssen, so wird man vielleicht vorsichtiger. Denn es ist ganz unmöglich, dem Richter das volle Bewußtsein der Situation zu geben, ihm den einzelnen Moment zur vollen Anschauung zu bringen, die nur der haben kann, der sie Jahre hindurch Minute für Minute durchlebt hat. (Zustimmung rechts.) Meine Herren, ich halte es wirklich für nicht rathsam, daß wir hier 9 Monate nach Verkündigung der Verfassung nicht mit deren Weiterbau beschäftigt sind, sondern mit einem hartnäckigen Prinzipienkampfe auf den Zinnen der Mauern, die aber erst den Erdboden zu überschreiten anfangen. Ob diese Zinnen das schon vertragen, ob es nicht nützlich wäre, wenn Sie einiges Erstarken derselben abwarteten, das wage ich hier nicht zu entscheiden, weil ich nicht in die Zukunft sehen kann. Aber eine gewisse Sorge beschleicht mich, wenn ich sehe, wie Sie die Mühen und Arbeiten der vergangenen Jahre, diese ungewöhnlichen glücklichen Ereignisse, diese bewunderungswürdigen Leistungen tapferer Heere nach 9 Monaten völlig als alte römische Geschichte behandeln (Heiterkeit) und allein sich noch damit beschäftigen, Machterweiterungen durchzusetzen und den richtigen Augenblick, wo die Regierung in Verlegenheit ist, dazu zu benutzen, um ihr eine Konzession abzugewinnen. Es wird sich dazu eine andere Gelegenheit finden, sie wird nicht ausbleiben; lassen Sie aber die Fundamente des Gebäudes sich erst fest legen. Durch die Annahme dieses Amendements stellen Sie uns zwischen die traurige Alternative: keine Verbesserung der Flotte oder ein Konflikt. Die Verantwortlichkeit für die Stellung dieser Alternative muß ich von den verbündeten Regierungen ablehnen und sie denen zuschieben, die zu einem so nützlichen Gesetze ein Amendement gestellt haben, das nur auf Erweiterung der Macht des Reichstages abzielt, die den Regierungen abgedrungen werden soll. Ich kann nur wiederholen, was ich in der Kommission gesagt habe: wird das Amendement angenommen, so ziehe ich im Namen der Regierungen den ganzen Gesetzentwurf zurück. (Beifall rechts.)

Abg. Lasker (für §. 17). Der Börse, wenn sie nur ihr Geschäft macht, ist es ganz gleichgültig, ob der Paragraph in dem Gesetz steht oder nicht und ihre Moral kann für diese Versammlung nicht maßgebend sein. Die Lage des Reichstags im Falle der Nichtertheilung der Decharge ist ohne den §. 17 eine unwürdige und das in ihm enthaltene Recht zu erobern ist nicht illoyal. Ein Minister wird den andern nicht verfolgen, das würde etwas Unschönes haben; nehmen wir es ihm ab! Der Herr Bundeskanzler hat sich in der Form so mäßig gehalten, daß wenigstens dadurch die Sache nicht verschlechtert worden ist; nicht so im Inhalt (Heiterkeit). Das Ab-

geordnetenhaus hat die Mittel zur Vertheidigung des Landes nicht verweigert. (Eine Stimme rechts: Da hört es doch aber auf! Abg. Lasker: War das eine Aeußerung, auf die ich Rücksicht zu nehmen habe? Präsident Simson: Ich bitte die Zwiegespräche zu unterlassen.) Niemals sind die Geldmittel verweigert, weder vom Abgeordneten- noch vom Herrenhause. (Heiterkeit.) Dies ist auch anerkannt worden in der Denkschrift, welche die Auflösung des Hauses rechtfertigt. Bei der Diätenfrage hat man aus Patriotismus den Kampf unausgekämpft gelassen, aber aus demselben Grunde wird man nicht auf den Wunsch eines Ministers auf die freiheitliche Entwickelung verzichten. Vom Konflikt zu sprechen, d. h. von einem Einbruch in die Verfassung würde eine Unhöflichkeit gegen das Bundespräsidium sein, das doch gewiß die verfassungsmäßigen Wege gehen würde, um die Frage auszutragen. Daß auch nur die Möglichkeit ausgesprochen werden konnte, die Anleihe ohne dies Gesetz zu machen, ist zu bedauern. Die Behauptung, der §. 17 mache das Land wehrlos, spekulirt auf die Schwachen; das Etatgesetz schützt gegen Wehrlosigkeit zur Genüge. Denselben Vorwurf kann Redner gegen den Bundeskanzler denken, ihn auszusprechen würde er nie gewagt haben. Bisher h-t- er geglaubt, daß das Genie eines Staatsmannes über die Frage der Parteien als eine untergeordnete hinwegzuheben vermöge; aber heute überzeuge er sich, daß, um die „altfränkische" Traditionen der Bureaukratie zu retten, die konservativen Grundsätze in der That bis zur Gefährdung dem Vaterlande zum Schaden gereichen können. (Sehr gut!) In der Kommission ist vom Vertreter des Bundesrathes die für mich unverständliche, horrende Aeußerung gethan, daß der §. 17 die Verfassung ändere. (Unruhe rechts.) Daß ich sie nicht verstehe, ist doch meine Schuld! Die gerühmte Einstimmigkeit in dem Beschlusse des Bundesrathes war wohl das Resultat langer Berathung und das Produkt ihres Druckes. Beim Budget werden wir zeigen, daß wir die Mittel für die Flotte gewähren wollen.

Graf Bismarck: Der Bundesrath brauchte nur wenige Minuten, um zur Einstimmigkeit zu gelangen. Das „Führungs-Attest", das den Parteien des aufgelösten Abgeordnetenhauses ertheilt worden, kann wohl auch eine parlamentarische Höflichkeit gewesen sein; denn höflich bin ich immer, wenn ich nicht gereizt werde. Vielleicht habe ich mich auch geirrt. (Heiterkeit.) — Bundeskommissar Hoffmann (Hessen) leugnet die praktische Bedeutung des §. 17; das Recht, das er gewähre, komme eher den Gläubigern zu und die Mitglieder könnten durch Betheiligung an der Anleihe sich ein Recht auf dieses Recht verschaffen. Ob er der Würde des Reichstags entspreche, Differenzen mit der Exekutive durch das Gericht auszutragen, sei zweifelhaft, zumal es an jeder Garantie fehle, daß die Entscheidung im Sinne der anklagenden Majorität ausfallen werde. — Es wird abgestimmt und zwar namentlich; das Amendement Miquel (§. 17) wird mit 131 gegen 114 Stimmen angenommen. — Graf Bismarck: Im Namen des Präsidiums und in Uebereinstimmung mit den darüber im Bundesrath gefaßten Beschüssen ziehe ich die Gesetzesvorlage zurück. (Beifall rechts.) — Schließlich wird die Sistirung des Strafverfahrens gegen den Abg. Duncker (Antrag Löwe) einstimmig genehmigt, nachdem Referent Dr. Bähr vom Präsidenten daran erinnert worden ist, daß bei der Motivirung des Antrages ein Eingehen auf den Gegenstand der fünf eingeleiteten Strafverfahren nicht zulässig sei. Den Beschluß machen Wahlprüfungen ohne Interesse.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Tages-Ordnung: Gesetze betreffend die Abgabe von Branntwein in Hohenzollern, Postvertrag mit Belgien, Tabacksteuer in Oberhessen und ein Petitionsbericht.)

Ausland.

Wien, 22. April. Die „Oesterreichische Korrespondenz" meldet folgende Veränderungen in der österreichischen Diplomatie: Graf Karnicki, bisher Gesandter in Stockholm, in gleicher Eigenschaft nach Madrid; Graf Mülinen, bisher Botschaftsrath in Paris, zum interimistischen Geschäftsträger in Petersburg an Stelle des zurücktretenden bisherigen Gesandten Grafen Revertera-Salandra. Legationsrath Vetzero, bisher Legation-Sekretär in Konstantinopel, gleichfalls als Botschafts-Rath nach Petersburg. Baron Bruck, bisher Legationsrath in Florenz ist zum Geschäftsträger in Darmstadt bestimmt. Graf Hoyos geht als Botschaftsrath nach Paris: Baron Walterskirchen, bisher Legations-Sekretär in Berlin, als Legationsrath nach Florenz; Baron Münch-Bellinghausen, bisher Botschafts-Sekretär in London, als Legationsrath nach Berlin; v. Haymerle als Legationsrath nach Konstantinopel. Die Legations-Sekretäre Fürst Ysenburg nach Stuttgart und Graf Wolkenstein nach London.

Wien, 21. April. Man erfährt jetzt, daß die Reaktionspartei zur Zeit der Konkordatsverhandlungen des Herrenhauses schon eine vollständige Ministerliste fertig hatte. Vorsitz, Kultus und Unterricht war dem Grafen Leo Thun bestimmt, Aeußeres dem Grafen Bloome, Inneres dem Grafen Clam-Martinitz, Krieg dem Fürsten Windischgrätz, Ackerbau dem Fürsten Karl Schwarzenberg. Es war auf einen völligen Staatsstreich, Sturz des Dualismus und der beiden Ministerien Andrassy und Auersperg abgesehen. Im B:nde befanden sich auch ungarische konservative Edelleute; die Czechen waren mit keinem Portefeuille im Staatsstreich-Ministerium bedacht.

— Die mit der Regierung in Verbindung stehende „Bohemia" bringt das folgende Telegramm aus Wien: „Der Kardinal-Staats-Sekretär Antonelli meldete vertraulich, daß nach der Sachlage auf keinen Fall von neuen Vertragsfestsetzungen, sondern höchstens von der Annahme eines modus vivendi die Rede sein könne" Die Nachricht hat viel Wahrscheinlichkeit. Oesterreich ist für die Kurie auf den Standpunkt des Königreichs Italien gelangt.

Paris, 22. April. Wie „Epoque" meldet, hatten die Botschafter Preußens und Oesterreichs, Graf Goltz und Fürst Metternich, gestern eine längere Konferenz mit dem Marquis Moustier.

Turin, 22. April. Der Ehekontrakt zwischen dem Kronprinzen Humbert und der Prinzessin Margharita ist gestern Abend unterzeichnet worden. Der preußische, der französische und der sächsische Gesandte haben als Zeugen mit unterschrieben. — Der Prinz Napoleon wird den Festlichkeiten in Florenz nicht beiwohnen.

Turin, 22. April. Heute Vormittag versammelten sich die Königliche Familie, die fremden Prinzen, die Hofchargen, die Minister, die Mitglieder des Parlaments und die städtischen Deputationen im großen Ballsaale des Königlichen Palastes, um der Ceremonie der Civil-Trauung des Kronprinzen Humbert und der Prinzessin Margherita beizuwohnen. Der Präsident des Senates verlas den betreffenden Artikel des Gesetzes-Kodex und nahm die Erklärung des Prinzen entgegen, worauf er die Ehe für im Wege des Civilgesetzes geschlossen erklärte. Unmittelbar darauf begab sich die Versammlung in feierlichem Zuge nach der Kathedrale, welche mit großer Pracht dekorirt war. Dort schloß sich das diplomatische Korps an. Die Messe wurde durch den Erzbischof von Turin abgehalten, welcher die Trauungs-Ceremonie ausführte. Nach Rückkehr der Vermählten nach dem Palast erschienen Deputationen der Armee und der Nationalgarde und überreichten der Prinzessin Margherita Bouquets. — Gestern verlieh der König dem Erzbischof von Turin und dem Senatspräsidenten den höchsten Orden dell'Annunciata. Die Stadt ist sehr belebt und mit Besuchern angefüllt. Es fanden viele Freuden-Demonstrationen des Volkes für den König, den Prinzen und die Prinzessin statt.

London, 20. April. Angeklagt des Mordes erschienen heute die 7 nach der Explosion von Clerkenwell gefänglich eingezogenen Fenier vor den Schranken der Assisen, denen Lord-Oberrichter Cockborn und Baron Bramwell präsidirten. 400 Geschworene waren zusammenberufen worden, um selbst, wenn die Angeklagten von ihrem Verwerfungsrechte den ausgedehntesten Gebrauch machen sollten, vor Verzögerung geschützt zu sein. Aus den Opfern der Explosion, die bekanntlich zur Befreiung des Feniers Burke aus dem Gefängnisse veranstaltet worden, hatte die Anklage die damals ums Leben gekommene Anna Hudgkinson herausgezogen und auf ihren Tod ihre Beschuldigung basirt. Sämmtliche Angeklagte erklärten sich „nichtschuldig". Zwei derselben, Anna Justice und O'Keefe wurden von der Vertheidigung abgesondert und bei ihnen auf Vertagung des Prozesses angetragen. Der Bescheid des Lord-Oberrichters räumte Letzteres nicht ein, gestattete dagegen, die Depositionen der Zeugen gegen die beiden Genannten zuletzt entgegenzunehmen. Nachdem schließlich eine Jury zusammengebracht worden, erhob sich der Attorney-General und begann seine Anklage mit einem ausführlichen Berichte über die der Explosion in Clerkenwell vorhergegangenen Ereignisse.

— Nicht weniger als 20,000 Arbeiter sind durch den gegenwärtig im Eisendistrikte sich abspielenden Strike außer Beschäftigung gesetzt. Auf eine gütliche Uebereinkunft ist einstweilen wenig oder keine Hoffnung.

London, 22. April. Der zu Sligo in Irland verhaftete amerikanische Fenier Nagle, dessen Freilassung einzelnen Zeitungen zufolge auf Grund amerikanischer Reklamation erfolgt sein sollte, befindet sich noch in Haft.

Madrid, 21. April. Das Befinden des Marschall Narvaez hat sich seit Mittag merklich gebessert.

Kopenhagen, 22. April. Das Ministerium machte heute die Annahme des Gesetzes über die Freigemeinden zur Kabinetsfrage. Morgen wird die Diskussion fortgesetzt. — Der Finanzausschuß trat dem Verlangen des Kriegsministers bei, die Geldmittel zur Anschaffung von Reservewaffen zu bewilligen.

Aus der Moldau. Privatbriefe vom 7. d. M. melden, daß die europäische Kommission für die Donaumündungen in Galatz tagte und das Programm der Arbeiten festgestellt habe, die noch zur Erreichung ihres Zweckes nöthig sind. Ein interessanter Bericht über die neuesten vollendeten Arbeiten wurde verlesen, wovon hervorzuheben die Errichtung eines Leuchtthurms an der St. Georgsmündung und die Vertiefung und Reinigung des Fahrwassers dieser Mündung, sowie Erbauung eines Kais im Hafen von Sulina, der den größten Dampfern dienen kann. Nach den von den Mächten getroffenen Arrangements dauern die Vollmachten der Kommission bis Ende 1871, bis wohin sie ihre nützliche Aufgabe vollendet haben wird. Freilich bedarf sie dazu noch einem Anlehens von 135,000 Pfd. Sterl., deren Negocirung gerade jetzt betrieben wird.

Newyork, 7. April. Vor einigen Tagen noch wagte Niemand an der Verurtheilung des Präsidenten zu zweifeln; die Haltung des Senats aber während der bisherigen Verhandlungen hat eine entgegengesetzte Ansicht geschaffen, die von Tag zu Tag mehr Anhänger gewinnt. Zur Fällung eines verurtheilenden Spruches ist eine Majorität von zwei Drittel der Votanten erforderlich, die radikale Partei des Senats hat jedoch bei Entscheidung der bisher verhandelten Vorfragen niemals eines Sinnes abgestimmt, und es gehört nicht allzugroße Kühnheit dazu, um vorauszusetzen, daß sich dieser Fall auch bei der Schlußabstimmung wiederholen werde. Es kann gegenwärtig sogar schon mit ziemlicher Gewißheit angenommen werden, daß sieben zur radikalen Partei gehörende Senatoren, zunächst aus persönlichen Rücksichten, nicht für die Verurtheilung Herrn Johnson's stimmen werden, und rechnet man zu dieser Zahl die unabänderlich zu Herrn Johnson haltenden zwölf demokratischen Senatoren hinzu, so beträgt die Summe bereits mehr als ein Drittel der Gesammtzahl der Senatoren, und die Anklage wäre zum Falle gebracht. — In den gemäßigten radikalen Journalen tritt denn auch bereits in verschiedener Weise das Zugeständniß hervor, daß die ganze Prozedur gegen den Präsidenten schließlich im Sande verlaufen werde. — Ein Resultat hat übrigens der Prozeß gegen den Präsidenten insofern gehabt, als die Herren Grant und Butler diesen ernsten Zeitpunkt für angemessen hielten, sich feierlich zu versöhnen, nachdem sie seit Beendigung des Bürgerkrieges einer militärischen Angelegenheit wegen einander sehr feindlich gegenübergestanden waren. — Der oberste Gerichtshof hat sich bis zum Dezember vertagt, wahrscheinlich in der Absicht, dem ledigen Streit über seine Kompetenz in politischen Prozessen aus dem Wege zu gehen. Es ist dies um so wahrscheinlicher, als der Gerichtshof die gewichtigen Fragen dieser Natur, die seiner Entscheidung harrten, unerledigt gelassen hat.

Shanghai, 19. April. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Japan ist die Bemannung eines dem französischen Kriegsschiffe „Dupleix" zugehörigen Bootes mit Einschluß der Offiziere niedergemetzelt worden. Die japanesische Regierung bot Genugthuung an, jedoch haben alle ausländischen residirenden Minister mit einziger Ausnahme des britischen zu Osaka ihre Flagge eingezogen.

Pommern.

Stettin, 23. April. Auf der gestern in Berlin eröffneten Konferenz der Delegirten von Handelsplätzen norddeutscher Seegegenden sind aus unserer Provinz die Kaufmannschaften von Stettin, Anclam, Greifswald, Stralsund, Swinemünde, Colberg und Stolp vertreten. Herr P. J. Stahlberg von hier ist zum Vorsitzenden der Konferenz gewählt worden.

— Bei der diesjährigen Einstellung der Rekruten sollen dieselben Zahlen maßgebend sein, wie im November v. J., um auf diese Weise zu dem durch den Feldzug von 1866 unterbrochenen regelmäßigen Ersatzturnus zu kommen.

— Der Kreisrichter Teuscher aus Tempelburg ist zum Staatsanwalt in Neustettin ernannt worden.

— Wie schon neulich gemeldet, findet am 17. und 18. Mai c. in Berlin (Arnim's Hotel) eine Versammlung des dritten deutschen Journalistentages statt, zu der die Redakteure, Herausgeber, Mitarbeiter und Verleger aller in deutscher Sprache erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften eingeladen sind. Das Anmeldungs-Bureau wird am Vorabend der ersten Versammlung in Arnim's Hotel, Unter den Linden 44, von 5 Uhr Nachmittags ab eröffnet sein, wo auch die Beiträge der vertretenen Zeitungen und Zeitschriften erhoben werden. Um 8 Uhr Abends werden sich dort die Mitglieder zu einer Vorbesprechung versammeln. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände: 1) Bericht des Vorortes, 2) Konstituirung des Bureaus. 3) Zeitungs-Telegraphenwesen. 4) Zeitungs-Inseratenwesen. 5) Geistiges Eigenthum der Zeitungen und Zeitschriften. 6) Alterversorgung der Journalisten. Für den 19. Mai ist eine gemeinschaftliche Exkursion des Journalistentages in Aussicht gestellt.

— Bei der gestrigen Abstimmung über das Amendement Miquel stimmten sämmtliche pommerschen Abgeordneten gegen dasselbe, mit Ausnahme von Müller (Stettin) und von Patow (Ueckermünde, Usedom, Wollin). — Graf Schwerin fehlte.

— Heute Vormittag gegen 10 Uhr fuhr der holländische Dampfer „Rotterdam" beim Wenden gegen den an der Thorkontrole unterhalb der Baumbrücke liegenden Raddampfer „Wilhelm" und zerbrach dessen Vordermast, dessen Kommandobrücke und zerriß die Drathseile der Wanten.

— Zwei höchst gefährliche, bereits mehrfach mit Zuchthaus bestrafte Diebinnen, die verehelichte Schuhmacher Scherzer, geb. Jahnke, und die Wittwe des Postboten Zießner, geb. Mischke, von hier, wurden gestern gegen Abend nach Verübung verschiedener Markt- und muthmaßlich auch Taschendiebstähle, in der Lindenstraße abgefaßt und polizeilich verhaftet. Man fand bei ihnen eine Anzahl verschiedener Gegenstände vor, die erweislich aus Marktbuden gestohlen waren. Daß übrigens selbst hohe Strafen unsere Diebe von neuen Verbrechen nicht abhalten, davon liefert die Zießner einen sprechenden Beweis; sie war früher bereits zu lebenswieriger Zuchthausstrafe verurtheilt, die ihr größtentheils im Gnadenwege erlassen, ist später aber schon wieder 5 Jahre lang Bewohnerin des Zuchthauses gewesen.

Colberg, 22. April. (Od.-Z.) Heute Vormittag 10 Uhr fand in der Aula des Gymnasiums die Einführung des neuerwählten Direktors Dr. Schmieder aus Barmen statt. Der Provinzial-Schulrath Dr. Wehrmann aus Stettin gab zunächst einen Ueberblick über die Geschichte der Anstalt, den Wechsel der Persönlichkeiten und wies dann den neuen Dirigenten in sein Amt ein. Sodann hielt der Direktor Dr. Schmieder einen längeren Vortrag, in welchem er in eingehender, fesselnder und allgemein ansprechender Weise zeigte, wie er die Aufgabe seines Amtes erfaßt habe und wie er sie zu lösen hoffe. Darauf wandte er sich in beredten und herzlichen Worten an die Behörden und Gönner, an die Lehrer und Schüler der Anstalt; der Eindruck derselben auf Alle war unverkennbar. Zum Schlusse bewillkommnete der Bürgermeister Haken in seiner bekannten gediegenen Weise den neuen Dirigenten und trug ihm das volle Vertrauen der Stadt entgegen. Eine Motette bildete den Schluß der Schulfeier. — Nachmittags fand in den Räumen des neuen Gesellschaftshauses auf der Münde ein Festessen statt, an welchem sich Männer aus allen Ständen zahlreich betheiligten. Toaste auf den König, den Schulrath, das Kuratorium, den neuen Direktor, den Kommandanten, das Lehrer-Kollegium rc. folgten rasch auf einander; die Theilnehmer blieben in fröhlicher Stimmung noch bis gegen Abend beisammen.

Vermischtes.

Berlin. Die Aufstellung der Schillerstatue auf dem Gendarmenmarkt ist definitiv zu Anfang des nächsten Jahres in Aussicht gestellt. Zu gleicher Zeit soll nach einem dem Polizei-Präsidium bereits vorliegenden Plane mit der Verschönerung des Platzes vor dem Monument durch Gartenanlagen nach dem Vorbilde des Wilhelmsplatzes vorgegangen werden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 23. April. Witterung: schön, leicht bewölkt, Temperatur + 16° R. Wind: SW.

Weizen flau und niedriger, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 100—106 Rt., bunter 100—104 Rt., weißer 106—111 Rt., ungarischer 90—102 Rt., per 83—85pfd. Frühj. 107, 106½ Rt. bez., Mai-Juni 104½, 103½ Rt. bez.

Roggen anfangs niedriger, schließt fester, pr. 2000 Pfd. loco 68 bis 72 Rt., feiner 82pfd. 73—74 Rt., Frühjahr 71¼, 70, 70½ Rt. bez., Mai-Juni 70½, 69½, 69¾ Rt., Juni-Juli 69¼, 69 Rt. bez., September-Oktober 57½ Rt. bez.

Gerste stille, per 1750 Pfd. loco Oderbruch 52, 53½ Rt., schles. u. mähr. 52½, 54½ Rt., 69—70pfd. Frühjahr 54½ Rt. bez.

Hafer loco unverändert, Termine weichend, per 1300 Pfd. loco 36½ bis 38 Rt. bez., per Frühjahr 49—50pfd. 38¾, ⅝, ½, ⅜ Rt. bez.

Erbsen ohne Umsatz.

Rüböl wenig verändert, loco 10¼ Rt. Br., April-Mai 10 1/12 Rt. Br., Mai-Juni 10 1/12 Rt. bez., Juni-Juli und Juli-August 10¼ Rt. bez., Septbr.-Oktober 10⅓ Rt. Br., ¼ Gd.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß 20½ Rt. bez., Frühjahr 20¼ Rt. bez., Mai-Juni 20⅓, ¼ Rt. bez., Juni-Juli 20½ Rt. Br, Juli-August 20⅔ Rt. Br., August-September 20⅚ Rt. Br., September-Oktober 19¾ Rt. bez.

Angemeldet: 200 Wspl. Weizen, 200 Wspl. Roggen, 200 Wspl. Hafer.

Regulirungs-Preise: Weizen 106¾, Roggen 70½, Hafer 38½, Gerste 54½, Oel 10 1/12. Spiritus 20¼.

Berlin, 23. April, 2 Uhr 2 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 84¼ bez. Staats-Anleihe 4½ % 95⅝ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 136½ bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 93½ bez. Oesterr. National-Anleihe 54⅜ bez. Pomm. Pfandbriefe 85⅜ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 186½ bez. Wien 2 Mt. 86¾ bez. London 3 Mt. 6. 24 bez. Paris 2 Mt. 81¼ bez. Hamburg 2 Mt. 151⅛ bez. Mecklenburger Eisenbahn-Aktien 74¼ bez. Oesterr. Banknoten 87½ bez. Russ. Banknoten 84¼ bez. Amerikaner 6 % 76⅛ bez.

Weizen pr. April-Mai 94¼, 95 bez. Roggen pr. April-Mai 71½ bez., 71 Br., Mai-Juni 70½ bez., 70 Br., Juni-Juli 68¾ bez., 68½ Br. Rüböl loco 10⅓ Br, April-Mai 10¼, 5/24 bez., Septbr.-Oktober 10½ Gd. Spiritus loco 20 bez., April-Mai 19 13/24, ⅚ bez., Mai-Juni 19 13/24, ⅝ bez., Juni-Juli 20¼, ⅛ bez.

Hamburg, 22. April. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen auf Sommertermine höher. Weizen pr. April 5400 Pfd. netto 178 Bankothaler Br., 177 Gd., per Frühjahr 178 Br., 177 Gd., pr. Juli-August 170 Br., 169½ Gd. Roggen pr. April 5000 Pfd. Brutto 131 Br., 130 Gd., per Frühjahr 128 Br., 128½ Gd., per Juli-August 115 Br., 114½ Gd. Hafer stille. Rüböl fest, loco 23, Mai 23, per Oktober 23½. Spiritus fest bei geringer Kauflust. Kaffee fest in Folge der holländischen Auktion. Zink sehr stille. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 22. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen still. Roggen auf Termine weichend, per Mai 272, pr. Juni 267½. Rüböl pr. Mai 33⅞, pr. November-Dezember 35⅝.

London, 22. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 10,650, Gerste 2830, Hafer 20,760 Quarters.

Weizen gefragt zu letzten Preisen. Ruhiges Geschäft. Gerste unverändert. Leinöl ab Hull loco 33⅛. — Feuchtes Wetter.